

**MARK SPOERER**

**ZWANGSARBEIT  
UNTER DEM  
HAKENKREUZ**

**Ausländische Zivilarbeiter,  
Kriegsgefangene und Häftlinge  
im Deutschen Reich und  
im besetzten Europa 1939-1945**

**Deutsche Verlags-Anstalt  
Stuttgart München**

# INHALT

Vorwort 7  
Einleitung 9

## **1 Vorgeschichte und Hintergründe des Ausländereinsatzes 21**

Ausländische Arbeiter im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik (1900-1932) **21**

Der nationalsozialistische »Ausländereinsatz« im Spannungsfeld zwischen Rassenideologie und Wirtschaftspolitik (1933-1945) **24**

## **2 Anwerbung, Zwangsrekrutierung, Zwangsarbeit und Deportation im »Großwirtschaftsraum Europa« 35**

Arbeitskräfte aus dem besetzten Europa **37**

Tschechoslowakei 40 - Polen 44 - Dänemark 56 - Norwegen 57  
Niederlande 58 - Belgien 60 - Frankreich 62 - Jugoslawien 66 -  
Griechenland 69 - Sowjetunion 71 - Tunesien 80 - Italien 80 -  
Ungarn 84

Arbeitskräfte aus anderen Regionen **87**

## **3 Der Arbeitseinsatz von Ausländern im Dritten Reich 89**

Allgemeine Rechtsgrundlagen und Organisation des »Reichseinsatzes« 90

Ausländische Zivilarbeiter 90 - Kriegsgefangene 99 - Häftlinge 107

Grundlagen der physischen Existenz 116

Unterkunft und Bewachung 116 - Ernährung 122 - Kleidung und  
Schuhwerk 135 - Hygiene und medizinische Versorgung 138 -  
Luftschutz 143

Fremdarbeiter oder Sklaven? Das Verhältnis der Ausländer zu Einsatzträgern und NS-Staat **144**

Arbeitsschutz 146 - Lohn, Steuern und Sozialabgaben 151 - Urlaub 166 -  
Konflikte, Sabotage und Widerstand 168 - Betriebliche und staatliche  
Disziplinierung 173 - Vernichtung durch Arbeit 180 - Wer profitierte von  
Zwangsarbeit? 183

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme  
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

© 2001 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart München  
Alle Rechte vorbehalten  
Karten und Abbildung Seite 23: Ditta Ahmadi/Peter Palm, Berlin  
Typographische Gestaltung: Brigitte Müller  
Satz: Excelsior und Frutiger (QuarkXPress) im Verlag  
Druck und Bindearbeit: GGP Media, Pößneck  
Diese Ausgabe wurde auf chlor- und säurefrei gebleichtem,  
alterungsbeständigem Papier gedruckt.  
Printed in Germany

ISBN 3-421-5464-9

- Frankreich

Nach dem Waffenstillstand Ende Juni 1940 wurde Frankreich verwaltungsmäßig in mehrere Gebiete aufgeteilt. Der Norden und Westen unterstanden fortan einem deutschen Militärbefehlshaber, wogegen die nach außen souverän bleibende französische Regierung mit Sitz in Vichy nur die Mitte und den Süden behielt. Das Elsaß kam faktisch zu Baden und Lothringen zur Saarpfalz. Zwei montanwirtschaftlich bedeutende Departements im Norden wurden in den Zuständigkeitsbereich des Militärbefehlshabers in Brüssel abgegeben. Italienische Truppen besetzten ein kleines Gebiet im Südosten. Doch selbst nach der militärischen Besetzung Vichy-Frankreichs durch deutsche Truppen im November 1942 blieb die französische Hoheit formal erhalten.

Auch in Frankreich, das während der dreißiger Jahre wirtschaftlich wie politisch turbulente Zeiten durchleben mußte, war die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Nachdem die Deutschen einen kleinen Teil der 1,85 Millionen Kriegsgefangenen freigelassen hatten, belief sie sich im Oktober 1940 auf knapp eine Million Menschen. Schon sehr früh begannen deutsche Besatzungsorgane, einige zehntausend französische Arbeiter, insbesondere Bauarbeiter, zum Arbeitseinsatz bei der Organisation Todt (OT) in Nordfrankreich zu verpflichten. Häufig verhafteten die Deutschen einfach Menschen im Betrieb oder beim Verlassen eines Kinos. Der Normalfall sah jedoch in den Jahren 1941/42 so aus, daß sie versuchten, Freiwillige anzuwerben. Im Frühjahr 1942 stieg die Anzahl der in Frankreich für die Wehrmacht und die OT eingesetzten Franzosen auf 445.000, weitere 400.000 arbeiteten in Rüstungsbetrieben für deutsche Zwecke. Bis Juni 1944 erhöhten sich diese Zahlen unter Einbeziehung der französischen Staatsbahn SNCF auf zwei Millionen. Die meisten von ihnen wohnten zu Hause, mußten also nicht unter den rauen Bedingungen des Lagerregimes leben.<sup>74</sup>

Die OT setzte in Frankreich neben Einheimischen auch Belgier und Niederländer sowie Arbeiter aus weiteren Drittstaaten ein. Im April 1939 hatte die französische Regierung die Formations des travailleurs étrangers (FTE) gebildet, in denen Ausländer für die französische Armee Dienst verrichten konnten. Die Vichy-Regierung führte die FTE weiter und stellte Teile davon der OT zur Verfügung. So kam es, daß die Deutschen spätestens von 1942 an »Rotspanier« beschäftigten, also spanische Republikaner, die 1939 vor dem Franco-Regime nach Frankreich geflüchtet waren. Um die Jahreswende

1943/44 waren das immerhin knapp 27.000 Mann. Die Arbeit bei der OT erwies sich als härter als bei den FTE, so daß viele flohen. Wer wieder aufgegriffen wurde, kam in ein »Schulungslager«, z. B. einen Steinbruch. Die anderen versuchten sich als »freiwillige« Arbeiter zu besseren Konditionen auf einer anderen Baustelle der OT oder für den Reichseinsatz anwerben zu lassen. Dabei konnte es erstere passieren, daß sie mit »Transportspaniern« zusammenarbeiteten, die freiwillig aus Spanien zur OT nach Frankreich gekommen waren. Außerdem beschäftigte die OT sehr wahrscheinlich einige tausend Arbeiter aus dem französischen Kolonialreich, insbesondere aus Indochina, Madagaskar und dem Senegal. Sogar auf den besetzten britischen Kanalinseln setzte sie Zwangsarbeiter ein, darunter neben »Rotspaniern« seit Februar 1943 auch Häftlinge aus dem KZ Neuengamme, die »SS-Baubrigade I« in Alderney.<sup>75</sup>

Die Anforderungen für das Reich waren zunächst gering; die Deutschen setzten auf freiwillige Werbung. Eigentlich sollte sie zentral koordiniert über staatliche Stellen laufen, doch sehr zum Ärger der deutschen Arbeitseinsatzverwaltung waren auch viele größere deutsche Unternehmen in »wilden« Anwerbemaßnahmen aktiv, um französische Facharbeiter nach Deutschland zu holen. Der Anteil der freiwillig von Frankreich nach Deutschland gehenden Arbeiter lag mit 185.000, relativ zur Erwerbsbevölkerung gesehen, weitaus niedriger als in Belgien und den Niederlanden. Neben dem vielzitierten französischen Nationalstolz wird dabei vor allem eine Rolle gespielt haben, daß die Sprachprobleme größer waren als für Flamen und Niederländer.<sup>76</sup>

Wie in den Beneluxländern läßt sich auch hier der Umschlag zu einer Radikalisierung des Rekrutierungsprogramms auf das Frühjahr 1942 datieren. Durch mehrere Maßnahmen erhöhte sich im April und Mai 1942 der Druck auf die französischen Unternehmen und Arbeiter. Viele Unternehmen mußten die Arbeitszeit auf 48 Stunden anheben, einige wurden geschlossen. Die Arbeitslosen, deren Zahl sich wie beabsichtigt erhöhte, wurden zum Arbeitseinsatz nach Deutschland aufgerufen. Wer sich nicht bei den deutschen Werbestellen meldete, mußte mit Entzug der Lebensmittelkarten und Repressalien gegen seine Familie rechnen.

Ein Politikum, das in den Beziehungen zwischen dem Vichy-Regime und den deutschen Besatzern eine wichtige Rolle spielte, waren die 1,85 Millionen französischen Kriegsgefangenen. Aus rassepolitischen Gründen überführte die Wehrmacht die 90.000 französischen Kriegsgefangenen mit dunkler Hautfarbe nicht ins Reich; sie verblieben in Front-Stalags (Kriegsgefangenen-

Mannschaftsstelllager nahe der Front oder auf besetztem Gebiet). Offenbar wurden sie trotz der hohen Fluchtgefahr zur Arbeit eingesetzt, so beispielsweise im Mai 1943 im Peugeot-Werk Montbéliard/Sochaux.<sup>77</sup> Unter den ins Reich transportierten 1,58 Millionen Gefangenen befand sich eine halbe Million Bauern und Landarbeiter, die auf dem Lande fehlten. Viele der Kriegsgefangenen waren Familienväter, so daß sich das Vichy-Regime einem besonders hohen Erwartungsdruck der Bevölkerung gegenüber sah, die ihre Entlassung aus deutschem Gewahrsam verlangte. Umgekehrt war Sauckel sehr an den gut ausgebildeten französischen Facharbeitern interessiert. Es kam daher zu zwei Abkommen zwischen der Vichy-Regierung und dem Reich - der *relève* und der *transformation* -, in deren Rahmen Zivilarbeiter gegen Kriegsgefangene »getauscht« wurden. Sauckel vereinbarte mit der Vichy-Regierung Pierre Laval im Juni 1942 den Austausch von zunächst 150.000 zivilen französischen Fachkräften, die zum Arbeitseinsatz nach Deutschland kamen, gegen 50.000 französische Kriegsgefangene, die »beurlaubt« wurden und nach Frankreich zurückkehren durften. Insgesamt kamen 1942/43 im Zuge der *releve* für etwa 240.000 französische Zivilarbeiter ungefähr 90.000 französische Kriegsgefangene in ihre Heimat zurück.

Schon in den ersten Wochen der anlaufenden *releve* zeigte sich, daß das Reich damit keinen umfassenden Zugriff auf die wertvollen Arbeitsmarktreserven Frankreichs bekommen konnte. Sauckel verstärkte daher den Druck auf das Vichy-Regime, das im September 1942 die allgemeine Dienstpflicht für Männer zwischen 18 und 50 und Frauen zwischen 21 und 35 Jahren einführen mußte. Einige Monate später, im Februar 1943, wurde sie im *Service du travail obligatoire* (STO) institutionalisiert. Der STO schrieb für die männlichen Jahrgänge 1920 bis 1922 eine zweijährige Dienstpflicht vor und erweiterte sie später noch auf den Jahrgang 1919. Zwischen März und Juni 1943 erreichten die Arbeitskräfteaushebungen für Deutschland ihren Höhepunkt.

Um die Arbeitsleistung französischer Kriegsgefangener zu steigern, handelte Sauckel mit der Vichy-Regierung im April 1943 die *transformation* aus, ein für die deutsche Seite sehr günstiges Abkommen, nach dem für jeden Franzosen, den Frankreich im Rahmen des STO nach Deutschland schickte, ein französischer Kriegsgefangener »beurlaubt« wurde. Er durfte allerdings nicht wie noch bei der *releve* nach Frankreich zurückkehren, sondern blieb in Deutschland und nahm den Status eines Zivilarbeiters

an. Er war dann im Prinzip den anderen französischen zivilen Zwangsarbeitern gleichgestellt und erhielt für vergleichbare Arbeit den gleichen Lohn wie ein Deutscher. Diese Regelung brachte dem einzelnen Kriegsgefangenen also individuelle Vorteile, wenn er für den Kriegsgegner als »Freiwilliger« arbeitete. Allerdings lief er dann Gefahr, von seinen Landsleuten als Kollaborateur angesehen zu werden. Außerdem verlor er dadurch endgültig den Schutz der Genfer Konvention und des Internationalen Roten Kreuzes, das die Kriegsgefangenen betreute. Bis Mitte 1944 machten daher von den knapp 800.000 verbliebenen französischen Kriegsgefangenen nur 222.000 von dem Angebot Gebrauch. Für einen Teil von ihnen geschah dies unter Zwang, weil Arbeitskommandos geschlossen in den Zivilstatus überführt wurden, wenn sich die Mehrheit dafür aussprach.<sup>78</sup>

Wie in Belgien ließ der Druck auf den französischen Arbeitsmarkt jedoch im Herbst 1943 nach, als der deutsche Rüstungsminister Speer mit dem französischen Wirtschaftsminister Bichelonne ein Abkommen aushandelte, nach dem französische Unternehmen im Rahmen der Auftragsverlagerung für die deutsche Wirtschaft produzierten. Die betreffenden Betriebe wurden zu »Sperrbetrieben« erklärt, womit ihre Belegschaften für weitere Auskammaktionen der deutschen Arbeitseinsatzbehörden tabu waren. Ließen sich die ersten beiden Sauckel-Aktionen vom Juni 1942 und März 1943 noch als große Erfolge bezeichnen, wie Sauckel stolz verkündete, so waren die dritte und vierte im Sommer 1943 und 1944 völlige Fehlschläge. Empört bezeichneten die deutschen Arbeitseinsatzbehörden die Sperrbetriebe in Anspielung auf den französischen Widerstand als »maquis légal«.<sup>79</sup>

Nur wenig erforscht ist die Rolle deutscher Industrieunternehmen bei der Arbeitseinsatzpolitik im besetzten Westeuropa, am ehesten noch die der Automobilindustrie. Die Daimler-Benz AG hatte die »wehrwirtschaftliche Überwachung« des Renault-Werks in Boulogne-Billancourt inne. Von April 1941 an versuchte Daimler-Benz, dort mittels großzügig eingeschätzten Versprechungen Facharbeiter für die heimischen Werke zu gewinnen. Doch erreichten die Freiwilligenmeldungen mit 446 bei Renault weniger als 10% der gewünschten Höhe. Im September mußte der Vorstand einräumen, daß die Anwerbeaktion gescheitert war, und forderte, »Teil-Belegschaften gewisser französischer Werke zum geschlossenen Einsatz in bestimmte Betriebe nach Deutschland zu überführen«. Louis Renault, der ansonsten begrenzt mit den Deutschen zusammenarbeitete, weigerte sich, seine Arbeiter zum Reichseinsatz zu nötigen. Daimler-

Benz schaltete daraufhin das Rüstungskommando ein, mit dessen Hilfe 3.709 weitere Renault-Arbeiter zwangsverpflichtet wurden. Mitte Oktober 1943 wurde Renault-Billancourt dann im Zuge der Speerschen Auftragsverlagerung als Sperrbetrieb eingestuft und dadurch vor weiteren Dienstverpflichtungen geschützt.<sup>80</sup>

Der Erfolg der Arbeitskräfterekrutierung in Frankreich war insgesamt ziemlich mäßig, verglichen etwa mit den viel kleineren Niederlanden. Einschließlich *releve* und *transformation* kamen im Zuge der vier Sauckel-Aktionen und im weiteren Verlauf des Jahres 1944 728.000 französische Zivilarbeiter ins Reich. Zählt man die 185.000 davor nach Deutschland gekommenen »freiwilligen« Arbeiter und die 222.000 »transformierten« Kriegsgefangenen hinzu, so kommt man abzüglich Doppelzählungen auf etwa 1,05 Millionen Franzosen, die als Zivilarbeiter im Reich arbeiteten.<sup>81</sup>

Die angeworbenen oder zwangsweise verschickten westeuropäischen Zivilarbeiter wurden von Sammelbahnhöfen mit Sonderzügen - in Personenwagen, nicht in Güterwagen wie die Polen und Ostarbeiter - nach Deutschland gebracht, wo sie wie die anderen Zivilarbeiter aus dem besetzten Europa bis zur Verteilung auf die Arbeitsamtsbezirke in Durchgangslagern einquartiert wurden.

## II Jugoslawien

Das Königreich Jugoslawien litt wie nahezu alle europäischen Staaten Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre unter hoher Arbeitslosigkeit. Daher verdingten sich immer mehr Jugoslawen in Deutschland als Land- oder Bauarbeiter. Im April 1941, als deutsche Truppen das Land überfielen, arbeiteten 47.000 Jugoslawen, hauptsächlich Kroaten und Slowenen, im Reich. Jugoslawien mußte schon nach zehn Tagen kapitulieren und wurde faktisch unter seine Nachbarn Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. Oberkrain und die Untersteiermark wurden von den Reichsgauen Kärnten und Steiermark aus verwaltet, de facto also annektiert. Nach dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten im September 1943 kamen außerdem noch die ehemals italienischen beziehungsweise von Italien verwalteten jugoslawischen Provinzen Friaul, Görz, Triest, Istrien, Laibach und Quarnero - die »Operationszone Adriatisches Küstenland« - in den Machtbereich des Kärntner Reichsstatthalters und Gauleiters.

In Kroatien riefen Separatisten einen unabhängigen Staat aus, den jedoch faktisch ein von den Deutschen abhängiges Marionettenregime regierte. Die Wehrmacht entließ kurz darauf die kroatischen und die meisten anderen nichtserbisch-jugoslawischen Kriegsgefangenen. Bereits Anfang Mai willigte die kroatische Regierung in ein Abkommen mit Deutschland ein, gemäß dem 54.500 kroatische Arbeiter nach Deutschland kommen sollten. Arbeits- und sozialrechtlich waren sie den Deutschen gleichgestellt. Unmittelbar danach begann die Anwerbung auf freiwilliger Basis. Kroatische und deutsche Polizeikräfte verfolgten jedoch ethnische Minderheiten im Land, allen voran die Serben, von denen eine unbekannte Anzahl ins Reich verschickt wurde. Im Januar 1943 ordnete der Befehlshaber der deutschen Truppen in Kroatien an, die Deportationen auch auf Menschen anderer Nationalitäten auszudehnen, falls sie in unruhigen Gebieten gefaßt wurden. Insgesamt dürften sich unter den etwa 100.000 ethnischen Kroaten im Reich relativ wenige Zwangsarbeiter befunden haben.<sup>82</sup>

Serbien und (nach dem Frontwechsel Italiens) Montenegro wurden von einem Militärbefehlshaber verwaltet, der zusammen mit dem Militärbefehlshaber in Griechenland und dem Deutschen Bevollmächtigten General in Kroatien seit August 1943 einem gemeinsamen Militärbefehlshaber Südost unterstellt war. Etwa 110.000 serbische und - in geringem Umfang - slowenische Kriegsgefangene wurden zum Arbeitseinsatz ins Reich transportiert, wo sie ganz überwiegend in der Landwirtschaft arbeiten mußten. Zuständig für den Arbeitseinsatz vor Ort war der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft in Serbien. Dort sahen sich die Besatzer mit erheblichem Widerstand konfrontiert. Während das offene Land kaum zu kontrollieren war, versuchte die Arbeitseinsatzverwaltung wenigstens in den Städten und Montanregionen die wichtigsten Hütten- und sonstigen Industriebetriebe sowie die Erzbergwerke in Gang zu halten. Da jedoch wegen der hohen Inflation die Kaufkraft der Löhne verfiel, quittierten viele Serben ihre Arbeit, um sich auf dem Land zu verdingen. Die im Dezember 1941 erlassene »Verordnung über Pflichtarbeit und Beschränkung der Beschäftigungsfreiheit« blieb weitgehend wirkungslos. Auch die bald eingerichteten Zwangsarbeitslager, mit denen der Widerstand gebrochen werden sollte, hatten wenig Wirkung. Im März 1943 erweiterten die Besatzer die Dienstverpflichtung dahingehend, daß nun auch Zwangsverschickungen ins Reich möglich waren. Ähnlich wie

Für einige andere Gruppen sind genauere Todeszahlen bekannt. In der nachfolgenden Tabelle werden diese Zahlen mit den durchschnittlichen Jahresbeständen der jeweiligen Gruppe in Beziehung gesetzt, so daß sich daraus die jährliche Sterblichkeit ableiten läßt.<sup>383</sup>

**Schätzung der jährlichen Sterblichkeit  
deutscher und verschiedener Gruppen ausländischer Arbeiter (in ‰)**

	Todesfälle	Sterblichkeit
Deutsche 20-39jährige Männer (1938)		4‰
Ausländische Zivilarbeiter		
Dänen	443	4‰
Italiener 1938-1942	804	3‰
Niederländer	8.500	10 ‰
<b>Kriegsgefangene</b>		
Belgier	1.700	6‰
Briten	1.851	8‰
<b>Franzosen</b>	<b>37.054</b>	<b>3‰</b>
<b>Italiener</b>	<b>32.000</b>	<b>40 ‰</b>

In der ersten Zeile ist zu Vergleichszwecken die durchschnittliche jährliche Sterblichkeit deutscher Männer angegeben. Bei den Dänen und Italienern handelte es sich überwiegend um Freiwillige, die vor der Abfahrt nach Deutschland auf ihren Gesundheitszustand überprüft worden waren. Die Sterblichkeit der westlichen Kriegsgefangenen lag nur geringfügig über dem deutschen Durchschnitt, wobei auch hier zu berücksichtigen ist, daß sie als Soldaten gemustert wurden und deshalb wie die Vor-

genannten überdurchschnittlich gesund waren. Eine etwas höhere Sterblichkeit weisen die zumeist deportierten niederländischen Zivilarbeiter auf. Die signifikant höhere Sterblichkeit der IMI weist auf ihre existenzgefährdenden Lebensbedingungen hin. Die Sterblichkeit der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Häftlinge im Arbeitseinsatz läßt sich aus den verfügbaren Angaben nicht errechnen, sie bewegte sich aber mit Sicherheit im drei- bis vierstelligen Promillebereich. Letzteres bedeutet eine Sterblichkeit von über 100 ‰ im Jahr, d. h. die Restlebenserwartung eines KZ-Häftlings im Arbeitseinsatz lag unter zwölf Monaten. Für das Werk der IG Farbenindustrie in Auschwitz ist bekannt, daß sie dort sogar bei nur drei bis vier Monaten lag.<sup>384</sup>

Die Gesamtzahl der im Arbeitseinsatz und unmittelbar an seinen Folgen verstorbenen Zwangsarbeiter ist sehr schwer zu schätzen. Sie wird bei den Kriegsgefangenen wegen der hohen Sterblichkeit der Sowjetbürger etwa 1,1 Millionen betragen haben, bei den Zivilarbeitern deutlich weniger, ca. 0,5 Millionen. 1,1 Millionen KZ-Häftlinge und »Arbeitsjuden« starben in den Konzentrationslagern und ihren Außenkommandos, so daß die Gesamtzahl der im Reichseinsatz oder unmittelbar danach verstorbenen Zwangsarbeiter um 2,7 Millionen liegen dürfte.<sup>385</sup>